

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 88 848-48 ppbn d



Inhalt

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB, Vizepräsident des deutschen Bundestages sieht in Papst Johannes Paul I. einen Verbündeten der SPD im Kampf für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden.

Seite 1/2

Prof. Dr. Horst Ehmke, Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt die "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit".

Seite 3/4

Peter Ulrich, Innensenator von Berlin, begründet die Ausweisung von 260 Pakistani aus Berlin und warnt vor der Aushöhlung des Asylrechts.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 170 /

5. September 1978

SPD sieht Papst als Verbündeten

Gemeinsam für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Auch die Amtseinführung ohne Thron und Krone hat den Eindruck bestätigt, den der neue Papst erweckt hat, seit er als Johannes Paul I. vor die Öffentlichkeit getreten ist, ein menschlicher Papst, der fast selbstverständlich populär geworden ist.

Die Katholische Kirche kann allein durch ihre Institutionen leben und weiterleben. Wir wissen aber auch alle, daß sie entscheidender Anstöße bedarf, wenn sie in der Welt von heute nicht nur an den Rand gedrängt werden will, sondern mitten in unserer Zeit den Menschen durch den Glauben helfen will, die Spannungen, in denen sie leben, zu überwinden und nicht nur auf den Zeitgeist einzugehen.

Johannes Paul I. sieht die Möglichkeit einer Hilfe für die Gläubigen in einer Besinnung auf das eigene Glaubens-

gut. Aufgabe der Kirche ist es aus seiner Sicht, den Menschen die "seelische Ergänzung" zu geben, die sie allein zwar immer wieder suchen, aber in der Welt nicht finden. Das sehr weltbezogen angelegte Arbeitsziel des Papstes und der Kirche verfolgt den Sinn, die Isolation des Menschen zu beenden und das Zusammenleben wieder zu fördern.

Der neue Papst rückt aber auch die soziale Verantwortung, deren Notwendigkeit er am eigenen Leibe erfahren hat, in den Vordergrund seines Pontifikates. Sie ist der Grund für seine zu jeder sinnvollen Kooperation bereiten Haltung, die sicher auch den Intentionen der Kirchen in den Entwicklungsländern entspricht.

Die Welt kann daher auch erwarten, daß er den entspannten und konstruktiven Dialog, den Paul VI. begann, fortsetzen wird und damit auch die Kooperation, die dieser Papst mit den Partnern in der Welt begonnen hat.

Papst Johannes Paul I. hat erklärt, daß er das Erbe des Konzils fortführen will, daß er aber auch den Inhalt des Konzils vor Entstellungen bewahren will. Diese bewahrende Haltung hat er auch gegenüber der großen Lehre der Kirche zu seinem erklärten Ziel gemacht. Darüber vergißt er nicht die ökumenischen Ziele, die ihm Paul VI. als größtes Vermächtnis, wie er es sieht, gegeben hat.

Blinde Gewalt innerhalb der Nationen hat in seinem Weltbild keinen Platz. Sein Anliegen ist die Förderung des sozialen Fortschritts (Abschaffung von Hunger und Unbildung) zusammen mit der bereits genannten "seelischen Ergänzung", die den sozialen Fortschritt nach dem Verständnis des Papstes erst zu einem wirklichen machen kann.

Die Sozialdemokraten haben nach allem, was über den neuen Papst bislang bekannt ist, Grund zu hoffen, daß er ein Verbündeter ist, wenn es darum geht, in der Welt für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. (-/5.9.1978/hi/hgs)

+

+

+

Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

SPD unterstützt "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit"

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Trotz unbestreitbarer Erfolge der Entspannungspolitik, die sich für uns beispielsweise in der langsamen, aber fortschreitenden Normalisierung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, zu den osteuropäischen Staaten, zur DDR und in der Verbesserung der Lage Westberlins durch das Viermächteabkommen niedergeschlagen haben, stößt die Entspannungspolitik in letzter Zeit auf erhebliche Schwierigkeiten und wachsende Skepsis in Ost und West. Das ist ein bedrückender Vorgang; denn wie auch Franz-Josef Strauß in einer bemerkenswerten Rede zur Würdigung des Breschnew-Besuchs am 11. Mai 1978 im Bundestag ausführte, kann man zwar über die Entspannung verschiedener Meinung sein, aber es gibt zu ihr keine Alternative. Bundespräsident Heinemann hat das einmal so formuliert, daß es im Zeitalter der Atomwaffen jenseits des Friedens keine Existenz gibt.

Mit ein wichtiger Grund dafür, daß die Entspannungspolitik sich heute in einer schwierigen Phase befindet, liegt darin, daß sie vor einer besonders kritischen Schwelle steht. Sie muß entweder in Form der Rüstungskontrolle und der Rüstungsreduzierung auch auf das engere militärische Gebiet übergreifen oder aber die Entspannungspolitik - und damit auch die Möglichkeiten eines wirklichen Fortschritts im Nord-Süd-Verhältnis - drohen am weltweiten Wettrüsten und an der mit ihm verbundenen Vergeudung wichtiger Ressourcen zu scheitern. Es bedarf freilich geduldiger, beharrlicher und zielstrebigere Verhandlungen, um in der Rüstungs-Kontrolle und -Beschränkung vorwärts zu kommen. Die Entspannung ist ein Prozeß, der nicht an kurzfristigen zeitlichen Maßstäben gemessen werden kann. Fortschritte sollten deshalb schrittweise immer dort zu erreichen versucht werden, wo sie möglich sind.

Der Stand der SALT-Verhandlungen gibt Anlaß zu einem vorsichtigen Optimismus, daß ein SALT-II-Abkommen in absehbarer Zeit abgeschlossen werden kann. Wie der von Präsident Carter bestellte Chefunterhändler Paul Warnke vor Mitgliedern der "Foreign Policy Association" am 23. August 1978 erklärte, rechnet man auf amerikanischer Seite damit, daß der Vertrag noch vor Ende dieses Jahres unterzeichnet werden kann. SALT II wird nicht den Abbau der in Europa bestehenden Disparitäten auf dem Gebiet der eurostrategischen und der konventionellen Waffen beinhalten. SALT II wird die Reduzierung dieser Disparitäten aber auch nicht behindern. Die Bereitschaft der Sowjetunion, auch über die Waffen der sogenannten Crauzone zu verhandeln, wie die interessanten Abrüstungsvorschläge des französischen Staatspräsidenten auf der UNO-Abrüstungskonferenz, eröffnen den Weg, diese Fragen zum Gegenstand eines SALT-III-Abkommens zu machen. Insoweit müßte dann der heutige Bilateralismus der Großmächte ein Ende finden.

Der Abschluß eines SALT-II-Abkommens kann auch den Weg zu einem ersten MBFR-Abkommen ebnen. Mit seiner Antwort vom 8. Juni 1978 auf die westliche MBFR-Initiative vom 19. April 1978 hat der Warschauer Pakt dargetan, daß auch er an Truppen- und Waffenreduzierungen in Mitteleuropa interessiert ist. Seit dem Beginn der Wiener Gespräche ist diese Antwort die wichtigste Äußerung des Warschauer Paktes. Sie steht übrigens in direktem Zusammenhang mit dem Breschnew-Besuch in Bonn. Dem Sinne nach wurde die am 6. Mai 1978 anläßlich des Breschnew-Besuches in der "Gemeinsamen Deklaration" zum Ausdruck gebrachte gegenseitige Verpflichtung zur "annähernden Gleichheit und Parität" in der

Antwort des Warschauer Paktes übernommen. Jetzt kommt es darauf an, in den Punkten, in denen Konsens besteht, zum Abschluß zu kommen, um dann auch in den Bereichen zu einem Einvernehmen zu kommen, die heute noch offen sind.

Das alles kann aber nur ein Anfang sein. Der Übergang von bloß quantitativer Rüstungsbegrenzung zur Begrenzung der qualitativen Entwicklung von Rüstungstechnologien liegt noch vor uns. In Ost und West wird er eine schwierige Umstellung von Produktions- und Forschungskapazitäten aus dem Bereich der Rüstung auf den Sektor der zivilen Wirtschaft zur Voraussetzung haben. Die mit der Abrüstung zusammenhängenden Probleme reichen insoweit tief in die Probleme der Weltwirtschaftsordnung und der Weltwirtschaftspolitik hinein. Wir Sozialdemokraten hoffen, daß die Ergebnisse der ersten Sondergeneralversammlung der UNO die Lösung dieser Fragen, die Fragen des Überlebens der Menschheit sind, voranbringen werden.

Mit dem Ziel, Entspannung und Abrüstung voranzubringen, hat die SPD-Bundestagsfraktion am 14. März und 18. April 1978 folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1/ Die Fraktion erwartet, daß Aufträge im Rüstungsexport nicht zu einer Kapazitätsausweitung im Rüstungsbereich führen und daß die restriktive Politik in Sachen Rüstungsexport beibehalten wird.
- 2/ Die Fraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, alljährlich dem Parlament einen Abrüstungsbericht vorzulegen und die Frage der Schaffung eines Abrüstungsamtes zu prüfen.
- 3/ Über die UNO-Debatte hinaus soll die Abrüstungsfrage politisch initiativ behandelt werden, und zwar in den Beziehungen zu den KSZE-Staaten, hier besonders in den Beziehungen zu den führenden Staaten des Rüstungsexports (USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien) und in den Beziehungen zur Dritten Welt.

Der Erfolg einer Politik der Rüstungskontrolle und des Rüstungsabbaus hängt von der aktiven Zustimmung der Bevölkerung ab. Die SPD unterstützt deshalb die Arbeit der "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit", die den in der Bundesrepublik im Vergleich etwa zu den Vereinigten Staaten bestehenden Nachholbedarf an kritischer öffentlicher Diskussion über militärische Beschaffungsprojekte und Strategien aufarbeiten will. Auch Fachleute sollen dadurch in eine öffentliche Bewegung für friedliche Zusammenarbeit, Rüstungskontrolle und Abrüstung einbezogen werden. Die SPD fordert alle Bürger, die mit ihr in dem Ziel der Entspannung und beiderseitigen Abrüstung übereinstimmen, auf, in der "Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit" mitzuwirken.

(-/5.9.1978/vo-he/hgs)

Kampf gegen organisierten Menschenhandel

Berlin wehrt sich gegen die Flut von angeblich politischen Asylsuchern

Von Peter Ulrich

Senator für Inneres in Berlin

Am 29. und 30. August hat die Berliner Polizei in zwei Chartermaschinen 260 Pakistani von Berlin nach Pakistan (Karatschi) ausgeflogen. Weitere Rückflüge werden folgen. Betroffen sind ausnahmslos Pakistani, die in Berlin bereits über Rechtsanwälte einen sogenannten Asylantrag gestellt haben, in dem als Grund für politische Verfolgung die Zugehörigkeit zur "Pakistan Peoples Party (PPP)", der Partei des früheren Staatschefs Bhutto, geltend gemacht wurde. Die Berliner Ausländerbehörde bewertet solche Asylanträge als nichtig ("Nichtanträge"), weil durch sorgfältige und vielseitige Recherchen über die deutsche Botschaft in Pakistan, über das Bonner Auswärtige Amt und andere Stellen es als erwiesen gilt, daß eine Mitgliedschaft in der PPP kein Verfolgungsgrund ist. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (Bayern) hat ihre Ablehnung derartiger Asylbegehren in gleicher Weise begründet.

Wir wissen aus Befragungen von Pakistani, aus Berichten pakistanischer Journalisten und aus Vernehmungen von Schleppern, daß Antrieb für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland allein die Hoffnung ist, hier eine Aufenthaltsgenehmigung und die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme zu erhalten. Diese trügerischen Hoffnungen, geschürt von gewissenlosen Schlepperorganisationen, veranlassen die Pakistani in ihrer Heimat Hab und Gut zu versetzen, um nach Deutschland zu können. In Berlin arbeiten die Schlepper Hand in Hand mit einigen Rechtsanwälten, die den organisierten Menschenhandel mit sogenannten Asylanträgen zu legalisieren trachten.

Diese Rechtsanwälte mißbrauchen unser liberales Asylrecht, sie richten das Grundrecht Asyl zum Nachteil aller wirklich politisch Verfolgten aus und zwar nur um Geld zu machen. Sie stellen - oft ohne überhaupt ihre "Mandanten" angehört zu haben - formelhafte und unsubstanziierte Asylanträge aus, die teilweise den noch in Ost-Berlin wartenden Pakistani durch die Schlepper überbracht werden. Den Irreführten werden die sogenannten Verfolgungsgründe regelrecht aufgeschwatzt. Die Asylanträge sollen lediglich dazu dienen, ein Verfahren formell einzuleiten, durch dessen Dauer

der tatsächliche Einreisezweck, die Hoffnung auf Aufenthalt und Arbeit, verwirklicht werden soll. Die Polizei geht gegen die Schlepper gezielt vor. Der Anwälte, die das Grundrecht Asyl verletzen, nimmt sich der Generalstaatsanwalt an. Auch die Anwaltskammer prüft, ob diese Anwälte standeswidrig handeln.

Unsere konsequent fortgesetzten Rückflugaktionen werden hoffentlich in Pakistan selbst, wo die Schlepperorganisationen ihren Menschenhandel beginnen, ihre Wirkung nicht verfehlen.

Wenn Berlin auch durch den neuerlichen Ansturm sogenannter Asylbewerber besonders betroffen ist, so ist es nicht allein ein Berliner Problem. Hiervon sind alle Bundesländer betroffen. Ich freue mich, daß unsere Maßnahmen als Reaktion auf die Angriffe gegen das Grundrecht Asyl von allen Bundesländern gebilligt werden. Die gleiche Bewertung der Bundesländer wurde auf der letzten Innenminister-Konferenz auch deutlich, als uns materielle Hilfe für unsere Rückflugmaßnahmen angeboten wurde.

Wir müssen mit allen rechtlich möglichen Mitteln den Mißbrauch des Asylrechts verhindern,

- weil wir den organisierten Menschenhandel mit ausgebeuteten und betrogenen Menschen aus Pakistan und Indien unterbinden müssen, um der Betroffenen willen,
- und weil wir nicht zulassen dürfen, daß systematisch das Asylrecht von gewissenlosen Schleusern und Anwälten kaputt gemacht wird und Ausländer- sowie Asylfeindlichkeit entsteht.

Gerade wegen des Rufes unserer Stadt, offen und tolerant zu sein und sich für den politisch Verfolgten einzusetzen, sind wir der Verteidigung des Asylrechts besonders verpflichtet.

(-/5.9.1978/hi/hgs)

+

+

+